

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
11 (1897)**

46 (24.2.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-259909](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-259909)

Zinsgarantie leiste. Den Rath, ihre Begehrung aus eigener Tasche zu bezahlen, befehlen sie nie. Heute hat das Reichsfinanzministerium auf der Tagesordnung.

Mit der „großen einigen liberalen Partei“ ist es wieder nicht. Nicht einmal die beiden freirechtlichen Fraktionen können zu einer Verständigung kommen über die im kommenden Wahlkampf zu erledigende Taktik. Wohlenslang schon dauert der Streit über die „Anerkennung des Fraktionsbeschlusses“ und fälschlicherweise und Tinte und Druckerwärme an die Lösung dieses flagranten Problems vergeudet worden. Aber schließlich ist der „Einigungsversuch“ jämmerlich gescheitert. Ueber den Ausgang desselben schreibt die „Nichterliche“ (Frei. Bl.): „Die mündlichen Verhandlungen zwischen der freirechtlichen Volkspartei und der freirechtlichen Vereinigung, welche am Freitag Mittag stattfanden, haben zu einem Ergebnis nicht geführt, weil die freirechtliche Vereinigung wieder auf die in dem bekannten Schrittwechsel leitende der freirechtlichen Volkspartei wiederholt abgelehnte Forderung einer allgemeinen Erklärung zu Gunsten des Fraktionsbeschlusses zurückkam. Die freirechtliche Volkspartei machte dagegen den Vorbehalt, dass von dem herab durch allgemeine Erklärungen von unten herauf unter Abstrichnahme der einzelnen Gegenden zunächst die übergenügt vorhandene Einigkeit der Wählerkreise festzustellen und alsdann noch übrig bleibende Gegenstände in einzelnen Wahlkreisen individuell in Betracht zu ziehen. Dieser Vorbehalt wurde leitend der freirechtlichen Vereinigung rundweg abgelehnt. ... Unter diesen Umständen versprach bei der Grundverschiedenheit der Auffassungen über zweifelhafte Taktik und über das Verhältnis zu den Wählern eine weitere Verhandlung zur Zeit keinen Erfolg und muß nunmehr abgemakelt werden, ob und wie weit der Fortgang der Wahlvorbereitungen selbst andere Grundlagen oder Auffassungen zur Herbeiführung einer Einigung mit sich bringt.“

Also nicht prinzipielle Differenzen, sondern persönliche Fraktionsinteressen hindern die feindseligen Brüder, sich den Veröhnungsschritt zu geben. Wir müssen offen bekennen, daß wir es dem Herrn Richter und seinem Gefolge nicht verderten können, daß sie sich von den Richtern, Barth, Radnische nicht wollen einfach über den Kopf hinweg lassen. Denn auf eine unter „Brüdern“ sehr unsondne hinterlistige Wahltaktik läuft das ganze Manöver der freirechtlichen Vereinigung mit der Anerkennung des Fraktionsbeschlusses über die Köpfe der Wähler hinweg hinaus. Die kleinen Gemergel, Richter, Barth und Konforten wissen genau, daß sie aus eigener Kraft einen Theil ihrer Wahlfreiheit nicht halten können und sie möchten den Wählerhiesel freizimmern deshalb von vornherein in ihr Joch spannen. Auch dieser kleinen politischen Komödie kann man ungefähr ersehen, was es mit der erträumten „großen liberalen Partei“ auf sich hat.

Die Verhältnisse im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ werden trefflich gekennzeichnet in einer Zuschrift, welche der Vorstand der elsäß-lothringischen Volkspartei an die Redaktionen unabhängiger Blätter geschickt hat. Sie lautet: „Länger als ein Vierteljahrhundert stehen wir elsäß-Lothringer als Bürger des Deutschen Reiches unter dem Druck einer Geseßgebung, welche nicht nur mit allen modernen Anschauungen über die Verwaltung eines Landes und über die Rechte eines Volkes in Widerspruch steht, sondern auch eine normale Ausführung der neuen Verhältnisse vollkommen ausschließt. Wir haben eine Landesvertretung, die nach der Art ihrer Zusammensetzung stets ein Werkzeug der Regierung sein muß und die Stimmung des Volkes in keiner Weise wieder spiegelt, wir haben eine Vereins- und Versammlungsgeseßgebung, welche jede öffentliche Landung und jeden Zusammenschluß gleichgültig Elemente zu hindern treiben gestattet“ wir haben eine Pressegeseßgebung, welche die Gründung politischer Zeitungen erschwert und der Presse Beschränkungen auferlegt, wie die, daß über Presseproben nicht berichtet werden darf, außerdem seien strenge Bestimmungen über die Colportage der Verbreitung von Druckschriften lästige Schranken, wir haben ferner und vor allen Dingen den uns auf's Höchste erbitternden Distriktparagraphen, der es unserer Regierung gestattet, ohne Rücksicht auf die bestehenden Geseße distriktsweise ihr gut dänende Maßnahme zu verfügen, insbesondere die erscheinenden Zeitungen ohne Angabe von Gründen zu unterbinden und jeden Landesangehörigen ohne Angabe von Gründen des Landes zu verweisen. Mit einem Wort: wir sind gedrückt wie kein anderes Land des Deutschen Reiches. Die Bemühungen unserer Vertreter im Reichstage und Landesparlament um Erleichterung des Druckes, der auf uns lastet, haben bisher keinen Erfolg gehabt. Die demokratische „elsäß-lothringische Volkspartei“ hat sich daher vor etwas mehr als Jahresfrist gebildet, um mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln und mit aller Entschiedenheit den Forderungen der elsäß-Lothringer Gehör zu verschaffen. Wir Volksparteier bemühen uns, der Stimmung des Volkes einen ungehinderten Ausdruck zu geben und halten es für unsere Pflicht, den Landesbehörden die Erbitterung der Reichslander über die ihnen widerfahrnde Zurücksetzung zur Erkenntnis zu bringen. Unser gerechter Jorn hat dabei naturgemäß manch kräftiges Wort zu Folge, das aber vielen unserer Parteigenossen noch lange nicht

kräftig genug erscheint. Die Landesregierung, die für unser geduldiges Abwarten während einer 25jährigen Verdrängung kein Verdrängnis hatte, hat auch kein Verdrängnis für die Sprache eines Volkes, dem nunmehr die Geduld zu reifen beginnt. Der Statthalter führt zu Bodenlos-Vangenburg, in dem wir Anfangs unseren Bescheid vermuteten, hat am 9. d. M. auf einen zu Ehren des Landesausflusses gegebenen Abendessen eine Ansprache gehalten, in der er bei „abgelegenen“ Presse in verklärter Weise mit dem Distriktparagraphen droht, v. h. ihr die Unterdrückung durch einen einflussreichen Willensakt in Aussicht stellt. Ein Schrei der Entrüstung darüber geht durch das ganze Land. Wir können nicht mehr schweigen über unsere Unterdrückung, wir können nicht mehr ertragen, was für jedes der Selbstachtung noch nicht vollends bare Volk unenträglich ist. Der Gedanke des Verbotes unserer in Colmar erscheinenden Zeitung „Die elsäß-lothringische Volkspartei“ scheint uns nicht, zumal wir hoffen können, daß ein weiteres Anknüpfen der Erbitterung unseres Volkes und der Erreichung unserer Ziele nur näher bringt. Aber wir möchten an alle gesinnungsvollen deutschen Blätter hiermit ein alle einseitige Presse unterdrückt wird, die unabhängige einseitige Presse unterdrückt wird, sich unseres Landes anzunehmen und überflüssig zu protestieren gegen die Behandlung, die dem jüngsten Gliede des Deutschen Reiches fortgesetzt auferlegt wird. Ganz Deutschland soll unseren Nachbarn hören. Wir hoffen, wir bitten in Hinsicht auf das, was es nicht unport verhalte.“ Die sozialdemokratische Presse wird, wie bisher, auch für die Zukunft nicht veräumen, die Willkürherrschafft in elsäß-Lothringen zu gestehen und zu bekämpfen.

Französisch.

Paris, 21. Febr. Dem Präsidenten der französischen Republik, Herrn Félix Faure, wird durch die „Petite République“ eine unangenehme Geschichte aus der Zeit, da er noch Ministerpräsident war, in's Gedächtnis gerufen. Das sozialistische Blatt hatte bereits am 15. Februar 1895 mitgeteilt, daß der Ministerpräsident Faure mit der Redaktionsgesellschaft „Compagnie havraise péninsulaire“ einen Vertrag abgeschlossen, wonach die für den Transport von Material nach Madagascar den ungewöhnlichen Frachttarif von 90 Frs. pro Tonne erhielt. 1894 war Faure bestimmt, heute ist er vielleicht noch Minister seiner Republik. Nach Ergehen der damaligen Mittheilung der „Petite République“ haben die Arbeiter und Kaufleute von Nantes gegen die ungläubliche Leichtfertigkeit protestirt, mit welcher der Herr Faure zwei Millionen geschickt werden. In aller Form wurde erklärt, daß er einer Subvention der Höchstbetrag des vorherbestimmten Frachttarifs 45 Frs. pro Tonne gemessen wäre. Heute kommt die „Petite République“ wieder darauf zurück und sagt: „Ansonst würde man versuchen, der Meinung über diese traurige Geschichte eine andere Wendung zu geben; die Thatfachen, welche wir bargelegt, sind nicht zu befechten.“ Der alte Geseß, wenn persönlich nichts Unerwartetes nachzukommen war, mußte seiner Zeit dem Präsidentenwahl räumen, weil sein Schwiegersohn Wilson in schmutzige Geschäfte verwickelt war. Wird man bei Faure, um dessen eigene Person es sich handelt, nachlässiger sein? Glück hat er insofern, als gegenwärtig die Franzosen sich mehr mit Kreta, Griechenland und Ausland beschäftigen, als mit ihren eigenen Angelegenheiten.

Italien.

San Remo, 20. Februar. Die erste sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Italien hat das als städtischer Rarort wohlbekannte Städtchen San Remo erhalten. In der ersten kurzen Zeit ihrer Amtsbürokratie haben die sozialistischen Gemeinderäte bereits einen schönen Erfolg erzielt. Sie haben die regelmäßige Speisung der Schulkiner auf Kosten des Gemeindefonds befristet und am 16. d. M. haben die Spielungen, zunächst von 250 Schülern, ihren Anfang genommen. Die Maßregel wurde von der Bevölkerung mit Enthusiasmus begrüßt. Geseß doch endlich auch einmal etwas für das Volk, während die frühere Verwaltung nur auf die Wohlthat der Rutzgötze und damit auf den Vortheil der Hoteliers und Grundbesitzer bedacht war.

Spanien.

Die Grenz in Barcelona. Die „Frankf. Bl.“ hat auf die Kunde von den europäischen Lorturen, denen die gefangenen Anarchisten in Barcelona ausgehört worden sind und über die wir ausführlich berichtet haben, einen Sonderberichtatter in Spanien veranlaßt, dort an Ort und Stelle Nachforschungen anzustellen. „Ich muß nun leider gestehen — so schreibt er in seinem Bericht —, daß ich die festeste Ueberzeugung gewonnen habe, daß die in der Presse bereits erschienenen Angaben über die grauenhaften Vorgänge in Barcelona durchaus den aus dem „Socialist“ und der französischen Presse geschöpften Thatfachen entsprechen, ja, vielleicht noch unter der Wahrheit stehen. Vor dem Kriegsgericht erklärte Francisco Galis, José Rojas, Antonio Rogas, Sebastian Santer und selbst Louis Mas, der insofern übermächtigere Causal wahnsinnig geworden ist, daß sie dieselben machten, bezeugt durch den Dungen, den Durch, die Müdigkeit, die Schlaflosigkeit, nachdem sie unzulässige Prügel erhalten, nachdem

ihnen die Geschlechtstheile zertrümmert worden, nachdem sie Tage lang den Mundtafel getragen, nach der Handflächen und Schrauben, deren Glieder ihre Muskeln zertrümmert, nachdem sie einen ganzen Körper mit glühendem Eisen verbrannt worden waren.“ Es sind ungenügend Frenel von den spanischen Denkerschreibern und Währerinnen verbrüt worden, Frenel, die die erste Entladung jedes gestiteten Menschen heranzufordern, um so mehr, als die Grenz zum Theil an Menschen verbrüt worden sind, deren Verbrechen darin bestand, daß sie in den Wirklichkeiten zur Zeit der bekannnten Anarchisten anwesend waren, in welchen die Anarchisten gewöhnlich verkehrten.

Oldenburgischer Landtag.

Sigung vom Freitag den 19. Februar. (Fortsetzung aus voriger Nummer.)

Berathung über Antrag, das Diensteinkommen der Lehrer an Mittel- und Vorgesetzten betr. Abg. Roggemann: Der Abg. Wiese habe erklärt, die Staatsregierung müsse sich den gefassten Beschlüssen fügen; kann wäre sie nur die ausführenden Beschlüsse beizubringen. Er würde es im Interesse der Lehrer sehr bedauern, wenn die Vorlage an einer solchen Auffassung scheiterte. In der Stadt habe man seinen Unterricht zwischen Dampf- und Heizenlehrern, die Stadt lerne den Lehrer seine Anwartschaften: Die Vorlage solle sich nicht für die Stadt Oldenburg. Die Stadt Oldenburg habe den Lehrern von jeder mehr gegeben, als was sie verpflichtet ist. (Lehrer legt die Gehaltsverhältnisse der Lehrer in der Stadt Oldenburg dar.) Die Lehrer der Stadt Oldenburg könnten keine Klage führen über unzulässige Anwartschaften, es wäre nur 2. Jahres einen Antrag, der sich auf die Stadt Oldenburg beschränke, einbringen.

Abg. Wiese: Er habe geglaubt, wenn die Staatsregierung ihren Antrag nicht aufgeben, so gebe der Landtag den Antrag nicht auf. Als einen untergeordneten Faktor habe die Regierung nicht betrachtet. Es seien so viele Mitarbeiter in dem Geseß, daß es sehr zu wünschen sei, wenn dem Landtag einmal ein solches, bestimmtes Geseß vorgelegt werde. Abg. Wiese: Mitarbeiter hätten auch ihr Geseß. (Gelächter.)

Minister Flor: Die Wünsche der Zeit seien nicht barmherzig an einen neuen Schicksal abzugeben. Hier sei der erste Antrag, der Gehaltsfrage werden. Die Vorlage werde nach kurzer Berathung auf die weiteren Anträge bis 8, hierauf 9 bis 13, betr. die definitive Anstellung. Dann folgt Berathung über den Antrag 14, monach das Nebenlehrergehalt von 650 auf 700 M. erhöht wird. Abg. Wiese: Nach Anhören des Kollegiums ist das keine Verbesserung; von 650 M. kann nicht alles bestritten werden. Die jungen Leute werden sich ihrem Unterhalt addieren müssen, das sei zu beklagen. Antrag 15 bis 21 betreffen sich die Gehaltsfrage der unzulässigen Nebenlehrer mit dem Hauptlehrergehalt, Vorschlägen und Wohnungsentwöhnung. Die Vorlage schlage die bereits früher mitgetheilten Änderungen vor. Er treue sich, daß die Regierung für Aufhebung der Anwartschaften sei; denn während dem sein, während der Vorlage der Vorlage werden ein fortwährender Wechsel der Lehrer stattfinden. Er bezeuge, daß die Crispinlage für Nebenlehrer um 30 M. erniedrigt werden sei.

Abg. Wiese: In der Stadt, insbesondere, Schlemmer müsse unbedingt die Crispinlage gegeben werden, in Stadt Oldenburg, insbesondere, Marktbecken.

Minister Flor tritt den Antrag des Ausschusses betr. Anwartschaften nicht annehmen zu wollen.

Abg. Wiese spricht sich sehr dafür aus, daß der Lehrer nebenbei auch Landbau betreiben dürfte. Abg. Wiese hat beobachtet den betr. Antrag des Ausschusses betr. Landbau, wodurch eine große Anzahl von Stellen verdrängt würde. Der Lehrer würde nicht mit unzulässiger Anwartschaft angeschlossen sein, sondern es müßte ihm frei stehen, ob er auf dem Lande arbeiten wolle oder die Vorlage zu machen, zu arbeiten, man solle doch den ganzen Anwartschaft streichen.

Abg. Wiese: Ein weltlicher Landwirthschaftlicher Betrieb würde unbedingt der Einkommen der Lehrer sein. Die Gehaltsfrage der Landbaufrage habe der Ausschuss für nichtig gehalten, um den Lehrer unabhängiger von den bezüglichen Beschläffen der Behörde zu machen. Antrag 13 bis 16 werden darauf angenommen.

Abg. Wiese: Wenn man sich Anwartschaften, Schreibern anstelle, so sei das verwerth, weil dann den Lehrern die Beschläffen an mehrfachen Schulen genommen werden.

Abg. Wiese: Wenn man den Abg. Wiese über 10, so müße man bestanden, alle Anwartschaften verkündere ein Lehrer.

Abg. Wiese: Das sei nicht als eine Verbesserung seiner Ausführung.

Ministerialrat Wiese: Die Bestimmungen über Wohnungsverhältnisse müßten den Lehrern kein Raum gestatten, die Bestimmungen bei Festsetzung derselben zu berücksichtigen. Der Ausschuss habe die Bestimmungen, wie der Ausschuss sie mit, nicht möglich ohne Schädigung der Lehrer.

Abg. Wiese: Wenn die Regierung sich solche Bestimmungen gefallen lasse, so wüßte er das Vertrauen zu Fall. Wenn die das nicht einsehen, meine Herren, daß die Regierung sich so etwas gefallen lasse, daß die über den Vortheil der Anwartschaften, dann haben die über den Vortheil der Anwartschaften vom Präsidenten zur Ueberzeugung gezwungen. Er spricht in äußerst erregter Weise fort, aber neues zu sagen. Der Antrag lautet: „Dem in Jahre 1899 einmündig werdenden achtjährigen Landtage ist das Verhältniß der Wohnungsverhältnisse zu unterziehen und ferner in Zwischenräumen von 6 zu 6 Jahren zu revidiren. Diejenigen diesen Revisionen erforderlich werdenden Bestimmungen sind dem Ausschuss vorzubringen.“

Abg. Wiese: Der Ausschuss müßte die Oberbehörde das nehmen, was ihr gesetzlich zusteht. Das können und wollen wir nicht anfragen und werden wir nicht.

Abg. Roggemann: Man möge es beim früheren belassen, bis Wiese selber nicht einsehen kann.

Abg. Wiese: Das sei zur Sache gesprochen. Abg. Wiese habe die Abgeordneten wie Schuljungen behandeln wollen, das lasse sich bei dem Antrag nicht machen. Der Antrag 17, der springende Punkt der Sitzung ist die Gehaltsfrage der Lehrer, welche sehr eingehend angenommen, ebenso nach längerer Berathung die Antrag 18 bis 30, betr. Wohnung für Nebenlehrer, Aufhebung des Nebenlehrer, Alterszulage etc.

Minister Flor spricht gegen die Herabsetzung durch den Ausschuss der Alterszulage auf 125 M. zu erhöhen und die Gehaltsfrage der Alterszulage der Vorbestimmung zu überweisen, wie solche in Antrag 27 und 30 beantragt sind.

Abg. Wiese: Ich habe den Ausschuss, der die nächste Sitzung des Landes bezieht. Die Summe

wird reichlich 155,000 M., würde durch solche Bestimmungen bausend auf die Landeskasse vermindert. Die Ausgaben für das landwirthschaftliche betragen jährlich 700,000 M., das sind 5 Monate der Einkommensteuer. Wenn man den Antrag des Ausschusses angenommen werde, dann würden die herabgesetzten Schulgelder denotant auf Kosten der Landesherrn.

Abg. Roggemann: Es sei u. A. auch eine große Unzulässigkeit, daß die Stadt Oldenburg zu allen Schulleistungen des Landes beitragen müße, während sie ihrer Schulleistungen ganz allein trage.

Abg. Wiese: Wenn es so verhalte, alles auf die Landeskasse zu wälzen, dann müße man im Grunde sein, an einmündigen Tagen Schulgelder zahlen zu lassen. Die Schule müße nicht reine Staatsanstalt werden, sondern müsse Gemeinbesitz bleiben.

Abg. Wiese: Die Schule sei schon Staatsanstalt, nicht Gemeinbesitz, er begreife also nicht, wie der Abg. Wiese zu her losen erhaltenen Belastung komme. Ferner, um eine gleichmäßige Vertheilung der Gemeinden zu den Schulstellen möglich zu machen, müße natürlich auch die Stadt Oldenburg herangezogen werden, wie alle ortsvermeinen Gemeinden, und das könne sie sich gut gefallen lassen. Eine dauernde Kost müße ja durch die Herabsetzung der Alterszulage entfallen, aber wenn man recht, sei dem abnorm billig. Bei drei Jahren sei auch das Gehalt der übrigen Staatsbeamten angehebert. Auch mit der Reduktion dieser Bestimmungen sei noch nicht genügend für die Lehrer geforgt, es fürchte, nach wenigen Jahren würden die Lehrer wieder mit Wählern kommen, und das sei nicht im Interesse des Landes und der Lehrer.

Eine bemerkenswerthe Debatte gränzt dann der übrige Theil der Sitzung nach den Beschläffen der Kommission zu Ende.

Aus Stadt und Land.

Sam, 23. Februar.

Alters- und Invaliditätsversicherung. In verschiedenen Blättern findet sich die Frage: „Wären Invalidität-, Alters- und Unfallrenten noch Beitragsmarken haben und bis wann?“ unter Bezeichnung auf eine angebliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts in einer Weise beantwortet, die zu schmerzlichen Irrthümern führen kann. Demgegenüber ist festzustellen, daß das Reichsversicherungsamt eine Entscheidung in dem dort angegebenen Sinn nicht ertheilt hat und nicht ertheilen konnte und daß das Geseß selbst darüber die bündigsten Bestimmungen giebt. Danach liegt die Sache so: Beitragsmarken muß entfallen, nur eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausübt; daher müssen Altersrentenempfänger in der Regel weiter arbeiten, denn nur erwerbsfähigen 70jährigen kann eine Altersrente bewilligt werden. Invaliditäten-Empfänger sind in der Regel erwerbsunfähig und daher in der Regel eine weitere versicherungspflichtige Beschäftigung nicht ausüben. Bei Unfallrenten liegt die Sache verchieden, je nachdem die Unfallverletzung eine vollständige oder nur theilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge hat oder nicht. Entfallen eine Unfallverletzung eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht ausüben kann, ist er zur Markenerwerblichkeit nicht verpflichtet, andernfalls kommt es darauf an, ob seine Unfallrente den Mindestbetrag der Invaliditäten, d. i. 114 Mark 70 Pf. übersteigt oder nicht. Ersterfalls kann er nach § 4 des Reichsgeseßes vom 22. Juni 1889 den Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht bei der zuständigen Verwaltungsbehörde stellen, letzteremals nicht er nach wie vor versicherungspflichtig.

Eine Antlion von circa 400 Kubikmeter altem Brennholz findet am Donnerstag den 25. d. M., Mittags 12 Uhr, auf der fassischen Werft bei Thor IV ab.

Wilmshaven, 23. Februar.

Bürgerverordnetenkollegium. In der gestrigen Sitzung des Bürgerverordnetenkollegiums wurde zunächst über die Revision der Rammereklasse durch den Bürgermeister berichtet. Es fand sich nichts dabei zu erinnern. Dann folgt der Bericht über die Revision der Jahresrechnung 1895/96. Der Bericht wurde von den Revisoren die vollständige Entscheidung des technischen Beiraths pro Stunde 1,00 M., die mangelnde Spezifikation einiger Rechnungen für Reisen im Interesse der Stadterwaltung und daß der Magistrat bei der Kranenhausrechnung demängelt habe, daß die Kräfte zum Zwecke der Operation solche Kranen in's Kranenhaus bringen, die ihrer sozialen Lage nach sonst nicht dahin gehen würden. Das Kollegium ist der Meinung, daß es eine solche Benutzung des Operationszimmers im Dienste der Allgemeinheit nur gut heißen könne, denn in ganz wenigen Familien seien Raum und Verhältniß derart, daß größere Operationen in der eigenen Wohnung besorgt ausgeführt werden könnten. Bezüglich des technischen Beiraths sprach das Kollegium den Wunsch aus, daß derselbe wieder wie früher mit einer Jahresrechnung abgehandelt werden sollte. Darauf wurde die Debatte ertheilt. Das Kollegium bewilligte sodann für die Gewerbesteuer einen Zuschuß von 850 M. für Heizung und Licht und für die Beschaffung von Rodellen zum Zeichenunterricht 250 M. Die erste Position wird alle Jahre wiederkehren. Dann folgte die Verthaltung des Status der Dienstfortanrentenversicherungsbank. Danach soll jeder Dienstbote, dessen Herrschaft sich zur Mitgliedschaft bekennt und einen Beitrag von 8 Mark pro Dienstbote und Jahr bezahlt, 6 Wochen Art und Medizin, bzw. Hospitalbehandlung erhalten. Außerdem haben die Herrschaften ein Eintrittsgeld von 2 Mark zu zahlen. Haben sie zwei oder mehr Dienstboten, so haben sie für jeden 1 M. mehr zu zahlen. Bei Geschlechtskrankheiten oder Schwangerchaft tritt die Anzahl nicht ein. Ebenso sind Dienstboten, die nicht Wohnung bei der Herrschaft haben (Stundendmädchen),

Ueberzeugen Sie sich von den enormen Vortheilen, welche wir in unserem Räumungsverkauf bieten!

Da mit dem ganzen Lager bis Mitte März, vor dem Umzug in unser neues Geschäftslokal, geräumt sein soll, so sind die Preise für sämtliche Waaren ganz bedeutend ermäßigt und bieten wir unserer Kundschaft Gelegenheit, gute, gediegene Waaren billig einzukaufen. Diese Woche sind zum Verkauf aufgelegt:

Bett-Inletts, Bettdecke, Daunenkörper und Atlasse, Bettdamaste, □-Bettzeuge, Bettkattun, Betttuchleinen und Halbleinen, Bettdecken usw.

Der noch übrig gebliebene Rest von Damenwäsche: Damenhemden, Nachjacken und Beinkleider wird zu jedem annehmbaren Preis abgegeben.

Wulf & Francksen.

Safir Achmend Aratas
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent kommt!

Wir eruchen die bekannte Persönlichkeit,

die uns eine Nähmaschine und eine Nähmaschine, zusammen im Werte von 65 Mark, heimlich abgesehen haben, die Gegenstände bis spätestens 25. Februar wieder an Ort und Stelle zu schaffen, da wir von diesem Tage an Selbstverwendung für dieselben haben; andernfalls werden wir gerichtliche Anzeigen machen.

E. Sadewasser & Sohn.

Zur Konfirmation

In schwarzen und farbigen

Kleiderstoffen

sind Sie noch große Auswahl im Total-Ausverkauf von

Ad. Schumacher
Roonstrasse 78

zu bekannt billigen Preisen.

Prima hiesiges
Flomen-Schmalz
à Pfd. 60 Pf. empfiehlt
A. Sevie, Neue Wilh. Str. 12.

Safir Achmend Aratas
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent kommt!

Wohnungs-Veränderung.

(Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven und Umgegend die Anzeige, daß wir unsere Wohnung nach

29a Marktstrasse 29a

in das Haus des Herrn **Siegm. Oss jun.** verlegt. Gleichzeitig empfehlen wir uns zu allen in unser Fach schlagenden Arbeiten bei sauberer Ausführung und billiger Preisstellung.

Hochachtungsvoll

Bock-Metzner & Meincke,
Maler, Marktstraße 29a.

Geschäfts-Empfehlung.

(Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven und Umgegend zur gefl. Nachricht, daß wir uns als

Maler u. Wagenlackierer

Neubremen, Grenzstraße 29

niedergelassen haben. Gleichzeitig empfehlen wir uns zu allen in unser Fach schlagenden Arbeiten bei sauberer Ausführung und billiger Preisstellung und bitten um gütigen Zuspruch.

Achtungsvoll

F. Assen, W. Schwarting,
Neubremen, Grenzstraße 29.

Schiffbau-Gesangverein.

Einladung

zu dem am **Freitag den 26. Februar 1897** im Saale des Herrn **Lippert** („Zehnpalle“), Vorbringen, stattfindenden



Maskenball

Großartige Aufführungen und Ueberraschungen.

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Auf 7 Uhr 59 Min. Demaskierung 12 Uhr.

Karten für Herren 1,25 Mk., Damen 0,75 Mk., Zuschauer 0,50 Mk. sind zu haben bei den Herren **Lippert** (Zehnpalle), Restaurateur Grube, Wallstraße, Barbier Gerbersmann, Schulstraße, Barbier Pape, Bismarckstraße, Barbier Rosenbusch, Alte Straße, sowie bei sämtl. Mitgliedern u. Abends an der Kasse. Zuschauer können unter Nachzahlung von 30 Pf. nach der Demaskierung am Ball theilnehmen.
Der Vorstand.

Gesangverein „Philharmonia“.

Das für dieses Jahr geplante **Kappenfest** findet Umstände halber nicht statt.

Der Vorstand.

Folgende Sorten

Bettfedern

halte stets auf Lager:

Wollfedern	pr. Pfd. 0,50 „4
Reinfedern	„ 1,00 „
Reinfedern	„ 1,25 „
Weißer Gänsefedern	„ 1,80 „
Weißer Gänsefedern	„ 2,00 „
Weißer Gänsefedern	„ 2,50 „
Weißer Gänsefedern	„ 3,00 „
Prima-prima Gänsefedern	3,80 „
Damen in verschiedenen Preislagen.	

Betten

mit entsprechender Füllung werden zu den billigsten Preisen geliefert.

Herm. Högemann
A. G. Diekmann Nachf.

Stohlenjäure

à Flasche, 10 Kilo enthaltend, zu 7,50 „4 empfiehlt

R. Herbers, Bierverl., Bant.

Atelier für künstliche Zähne

von **P. Karow**
Gökerstrasse 5, 1. Et. 1.
Ecke Bismarckstr.

Anterfertigung einzelner Zähne sowie ganzer Gebisse. Füllen in Gold, Silber, Emaille. Schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen billigst. Sprechstunden auch an Sonn- und Feiertagen.

Safir Achmend Aratas
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent kommt!

Verloren

ein goldenes Medaillon mit kleiner goldener Kette. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen gute Belohnung abzugeben bei

H. J. Hemmen,
Königh. 11.

Rantschuck-Stempel

in allen Sorten und Preislagen liefert schnellstens

G. Buddenberg
Neue Wilhelmshav. Str. 3.

Geburts-Anzeige.

Die glückliche Geburt einer gesunden, kräftigen Tochter zeigen hoch erfreut an Bant, den 23. Februar 1897

S. Flaake und Frau.

Dankagung.

Für die vielen liebevollen Beweise und Zeichen der Theilnahme beim Ableben meines lieben Mannes sowie bei dessen Beerdigung sage ich meinen tiefgefühltesten Dank.

Bant, den 23. Februar 1897.

Selene Heeren
nebst Angehörigen.

Dankagung.

Für die Beweise herzlichster Theilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Anni, insbesondere dem Herrn Pastor Möbbs für die tröstlichen Worte am Sarge sagen wir unsern innigsten Dank.

G. Stecker und Frau.

Safir Achmend Aratas
der einzige unverwundbare Mensch auf dem Kontinent!